

# Handreichung Themenbereiche und Konfliktfelder zivil-militärischer Beziehungen

Das Zusammenspiel militärischer, humanitärer und entwicklungspolitischer Akteure in Kriegs- und Nachkriegssituationen wird derzeit intensiv diskutiert. Um einen schnellen Einstieg in die Problematik zu erleichtern, bietet die folgende Zusammenstellung der interessierten Öffentlichkeit einen knappen Überblick über sechs ausgewählte Themenkomplexe, die Abgrenzungen und Formen von Kooperation zwischen zivilen und militärischen Akteuren betreffen und den historischen Verlauf der Diskussion nachzeichnen. Die Auswahl der Themenfelder ist dabei weder erschöpfend, noch ist ihre Bearbeitung umfassend. Ziel der sechs Beiträge ist es lediglich, mit Begriffsdefinitionen, Problemaufrissen und Literaturempfehlungen eine Anregung zur weiteren Beschäftigung mit der Problematik der zivil-militärischen Beziehungen zu geben.

Entstanden ist diese Handreichung im Nachgang zu dem Studientag „Bundeswehreinätze im Ausland und erweiterte Sicherheit – eine überfällige Bilanz“, der am 14.10.2006 von der Gustav-Heinemann-Initiative in Kooperation mit dem Bonn International Center for Conversion und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung durchgeführt wurde.

Diana Burghardt & Tobias Pietz  
Bonn International Center for Conversion (BICC), November 2006



## Civil-Military Cooperation (CIMIC): Eine rein militärische Angelegenheit?

Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Akronym CIMIC, als Abkürzung für Civil-Military Cooperation, mit der Diskussion um die Interaktion zwischen zivilen und militärischen Akteuren bei Auslandseinsätzen verbunden. Da Militärs zunehmend mit Organisationen der humanitären Nothilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und mit zivilen Verwaltungen kooperieren bzw. einen Teil von deren Aufgaben übernehmen, wird über die Legitimation, die Grundsätze, Reichweite und Regeln zivil-militärischer Interaktion gestritten. Im Laufe der Diskussion wurden dabei von verschiedenen Akteuren konkurrierende Konzepte entwickelt, die sich schwerlich unter einen einzigen Begriff fassen ließen. Im internationalen Umfeld fand eine Differenzierung statt, im Laufe derer die Vereinten Nationen sich vom CIMIC-Begriff abkehrten und anstelle dessen heute von Civil-Military Coordination (CMCoord) sprechen. Die Vereinten Nationen überließen es gleichzeitig der NATO, den CIMIC-Begriff endgültig zu besetzen.

Im NATO-Verständnis bezeichnet CIMIC heute eine taktische Doktrin, die insbesondere durch die NATO Direktive MC 411/1 vom Juli 2001 und durch die darauf aufbauende Allied Joint Publication AJP-9 vom Juni 2003 konkretisiert wird. CIMIC wird hier definiert als „the co-ordination and co-operation, in support of the mission, between the NATO Commander and civil actors, including national population and local authorities, as well as international, national and non-governmental organisations and agencies“. Die primäre Funktion von CIMIC sieht die NATO damit in der Unterstützung des militärischen Auftrags. Um den Erfolg einer militärischen Mission zu sichern, wird ein Beziehungsgeflecht zwischen militärischen und zivilen Stellen gepflegt, durch das Informationen, Personal oder Ausrüstung ausgetauscht werden können. Faktisch gehört zur Umsetzung des CIMIC-Gedankens, dass Soldaten humanitäre und entwicklungspolitische Aufgaben in Kriegs- und Nachkriegssituationen über teils lange Zeiträume hinweg übernehmen. Dies geschieht zur Erfüllung des militärischen Auftrags bzw. zum Zweck der Force Protection, denn soziale Leistungen erhöhen die Akzeptanz der Truppen bei der lokalen Bevölkerung und verringern damit die Gefahr von Anschlägen auf die Streitkräfte.

Weiterführende Informationen:

- Hardegger, Sascha. 2003. „Cimic-Doktrin im Spannungsfeld zwischen humanitärer Hilfe und militärischer Krisenintervention“. ETH Zürich, Forschungsstelle für Internationale Beziehungen, Zentrum für Internationale Studien, Beiträge Nr. 41, Januar, <http://e-collection.ethbib.ethz.ch/show?type=incoll&nr=866>.
- Heinemann-Grüder, Andreas und Diana Burghardt. 2006. „Zivil-militärische Zusammenarbeit in Postkonfliktländern“. Reader Sicherheitspolitik, Februar, [www.reader-sipo.de/artikel/0602\\_All1.htm](http://www.reader-sipo.de/artikel/0602_All1.htm).
- NATO Allied Joint Publication AJP-9. Juni 2003, [www.nato.int/ims/docu/AJP-9.pdf](http://www.nato.int/ims/docu/AJP-9.pdf).
- NATO Direktive MC 411/1. Juli 2001, [www.nato.int/ims/docu/mc411-1-e.htm](http://www.nato.int/ims/docu/mc411-1-e.htm).
- [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de) (Bundeswehr Startseite > Einsätze > CIMIC)

## Humanitäre Hilfe & Streitkräfte: Neutralität in Gefahr?

Wenn Streitkräfte in ihrem Einsatzgebiet Nothilfe leisten bzw. humanitäre Hilfsorganisationen bei ihrer Arbeit unterstützen, ist dies nicht unproblematisch, da Streitkräfte bei dieser Arbeit einem ganz anderen Ansatz als humanitäre Hilfsorganisationen folgen. Das Militär hat einen politischen Auftrag, d.h. es ist nicht neutral und wird auch nicht als neutral wahrgenommen. Aktivitäten der Streitkräfte sind „parteiisch“, während die humanitäre Hilfe von regierungsunabhängigen, privaten Hilfsorganisationen zwar in einem politischen Umfeld geleistet wird, sich aber zumindest in der Außendarstellung nach den Prinzipien der Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit richtet.

Konkret bedeutet dies, dass humanitäre Hilfe ohne Ansehen der ethnischen, religiösen oder politischen Zugehörigkeit der Opfer, vielmehr nach dem Kriterium der Hilfsbedürftigkeit geleistet wird (Unparteilichkeit), dass niemals eine Konfliktpartei unterstützt oder bei ideologischen Disputen Partei ergriffen wird (Neutralität), und dass die

politische Autonomie der Hilfsorganisationen gewahrt wird (Unabhängigkeit). Bei einer Kooperation humanitärer Hilfsorganisationen mit dem Militär ist es für die lokale Bevölkerung jedoch schwierig, zwischen den „Parteiischen“ und den „Unparteiischen“ zu unterscheiden. Wenn Militärs und ziviles Personal gemeinsam auftreten, in den gleichen Fahrzeugen sitzen, die gleichen Leistungen anbieten oder gar ihre Unterkünfte im gleichen Terrain haben, besteht damit die Gefahr, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Unparteilichkeit humanitärer Organisationen verliert. Dann könnten humanitäre Helfer ihren Zugang zu manchen Opfern eines Konflikts verlieren, selbst in Auseinandersetzungen hineingezogen und zu potenziellen Angriffszielen werden.

Grundsätzlich betont außerdem die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, dass sie den Zugang zu humanitärer Hilfe als Recht der Opfer bzw. die Gewährung von humanitärer Hilfe als internationale Verpflichtung begreift. Die Gewährung humanitärer Hilfe wird nicht als Mittel zur Erreichung eines abstrakten politischen Ziels – auch nicht des Friedens – gesehen. Vielmehr wird die Rettung des individuellen Menschenlebens in den Vordergrund gestellt. Während Streitkräfte also die Erfüllung ihres Auftrags als erste Priorität vor Augen haben und die Auswahl der Menschen, denen sie helfen, entsprechend ausrichten, machen humanitäre Organisationen ihre Hilfe tendenziell nicht von langfristigen politischen Überlegungen, sondern (eher kurzfristig) von der unmittelbaren Bedürftigkeit der Opfer abhängig.

#### Weiterführende Informationen:

- Barry, Jane und A. Jeffreys. 2002. *A Bridge Too Far? Aid Agencies and the Military in Humanitarian Response*. Humanitarian Network Paper No. 37, Overseas Development Institute, Januar, [www.odihpn.org/documents/networkpaper037.pdf](http://www.odihpn.org/documents/networkpaper037.pdf).
- International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies. „The Principles of Conduct for The International Red Cross and Red Crescent Movement and NGOs in Disaster Response Programmes“. [www.ifrc.org/publicat/conduct/code.asp](http://www.ifrc.org/publicat/conduct/code.asp)
- Rana, Raj. 2004. „Contemporary challenges in the civil-military relationship: Complementarity or incompatibility?“ *International Review of the Red Cross* No 855, S. 565-592, September, [www.icrc.org/Web/eng/siteeng0.nsf/htmlall/66DDF7/\\$File/irrc\\_855\\_Rana.pdf](http://www.icrc.org/Web/eng/siteeng0.nsf/htmlall/66DDF7/$File/irrc_855_Rana.pdf).
- VENRO. 2003. „Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe“. VENRO-Positionspapier, Mai, [www.venro.org/index.php?page=schwerpunkte/hum-hilfe-unabhaengigkeit.php](http://www.venro.org/index.php?page=schwerpunkte/hum-hilfe-unabhaengigkeit.php)?
- Wheeler, Victoria (Hg). 2006. *Resetting the rules of engagement: Trends and issues in military-humanitarian relations*. HPG Research Report 21, März, [www.odi.org.uk/HPG/papers/hpgreport21.pdf](http://www.odi.org.uk/HPG/papers/hpgreport21.pdf).

## Entwicklungszusammenarbeit & Militär: Kooperation und Abgrenzungen

In den letzten Jahren sind zwei sich ergänzende Trends zu beobachten: Auf der einen Seite wird das Militär in Nachkriegssituationen immer öfter für zivile Aufgaben eingesetzt; auf der anderen Seite arbeiten zivile, vor allem entwicklungspolitische, Akteure immer stärker in den Bereichen Kleinwaffenkontrolle, Demobilisierung von ehemaligen Kämpfern/innen sowie der Reform des Sicherheitssektors. Analog zum Engagement des Militärs in der zivilen Konfliktbearbeitung kann eine zunehmende sicherheitspolitische Legitimation von Entwicklungszusammenarbeit festgestellt werden.

Angesichts des Engagements der Streitkräfte in „ihrem“ Metier sorgen sich nun Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) um die Qualität der Entwicklungspolitik. Militärische Einheiten seien nicht ausreichend qua-

lifiziert, um entwicklungspolitische Projekte durchführen zu können. Fest steht indessen, dass die Zielsetzung der Streitkräfte (Erfüllung des militärischen Auftrags, Force Protection etc.) zu einem stärkeren Fokus auf Quick Impact Projects führt als dies bei der klassischen EZ der Fall ist. Der Zeithorizont des Militärs ist i. d. R. kürzer als bei der EZ. Es wird häufig kritisiert, dass die Streitkräfte für ihre zivilen Projekte – zum Teil in Konkurrenz zu Einrichtungen der EZ – auch Mittel von zivilen Geldgebern einwerben. Dadurch würde das Militär eigene Gelder schonen und zivile Gelder würden stärker in kurz- statt langfristig angelegte Projekte fließen. Dadurch bestehe die Gefahr, dass die klassische EZ, die geprägt ist von Prinzipien wie Langfristigkeit, Nachhaltigkeit und Local Ownership, zunehmend zugunsten von kurzfristigen (sicherheits-)politischen Überlegungen zurückgestellt werden könnte.

Das Engagement von Militärs in zivilen Bereichen und die dadurch erfolgende entwicklungspolitische und humanitäre Legitimation von militärischen Interventionen kann schließlich dazu führen, dass die Schwelle für Militäreinsätze herabgesetzt wird. Raschen militärischen Eingriffen könnte der Vorzug vor langfristigen bzw. präventiv angelegten zivilen Maßnahmen zur Verhinderung und Deeskalation von Gewalt gegeben werden.

Weiterführende Informationen:

- Bröckelmann-Simon, Martin (Misereor), Konrad von Bonin & Monika Huber (EED), Cornelia Füllkrug-Weitzel (Brot für die Welt). 2003. „Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen?“ Juli, [www.brot-fuer-die-welt.de/presse/index.php?/presse/660\\_2051\\_DEU\\_HTML.php](http://www.brot-fuer-die-welt.de/presse/index.php?/presse/660_2051_DEU_HTML.php).
- Klingebiel, Stephan und Katja Roehder. 2004. „Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen: Neue Herausforderungen in Krisen und Post-Konflikt-Situationen“. DIE Bonn, März, [www.die-gdi.de/die\\_homepage.nsf/0/1c0db1de71346dd4c1256def002d94e8?OpenDocument](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/0/1c0db1de71346dd4c1256def002d94e8?OpenDocument).
- Roehder, Katja. 2004. „InWEnt International Policy Dialogue: Development Policy and the Armed Forces“. Diskussionsbericht, Berlin, 14-15 September, [www.inwent.org/ef-texte/military/rep.htm](http://www.inwent.org/ef-texte/military/rep.htm).
- Maihold, Günther. 2005. „Die Sicherheitspolitische Wendung der Entwicklungspolitik: Eine Kritik des neuen Profils“. Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 4/2005, S. 30-48, [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?id=1434](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1434).

## Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan: Das deutsche Modell

Die Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in Afghanistan sind für den deutschen Diskurs über das Für und Wider zivil-militärischer Kooperation zentral, denn sie stehen für strukturelle Veränderungen und Neuerungen in Deutschland. Es handelt sich bei den PRTs um aus Soldaten und zivilen Experten zusammengesetzte Teams, die über den Raum der Hauptstadt Kabul hinaus auch in den afghanischen Provinzen „Inseln der Stabilität und Sicherheit“ schaffen sowie den Einfluss der Kabuler Regierung stärken sollen. Die PRTs, ursprünglich unter dem militärischen Mandat der US-geführten Operation Enduring Freedom eingerichtet, haben sich unter dem Mandat der mittlerweile NATO-geführten International Security Assistance Force (ISAF) je nach Region und leitender Nation unterschiedlich entwickelt. Fast alle ISAF PRTs haben jedoch eine starke zivile bzw. entwicklungspolitische Komponente.

Bei den deutschen Provincial Reconstruction Teams in Kunduz und Feyzabad arbeiten dabei die zivile und militärische Komponente „integriert“ und gleichrangig unter einem politischen Gesamtauftrag zusammen. Dies bedeutet, dass die deutschen PRTs von einer „Doppelspitze“ geführt werden - von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes und von einem des Bundesministeriums der Verteidigung. Innerhalb der zivilen Komponente arbeiten Beauftragte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Bundesinnenministeriums (für die Polizeiausbildung) mit Vertretern des Auswärtigen Amtes zusammen. Damit unterstehen die Zivilisten im deutschen PRT nur in punkto Sicherheit nicht aber in diplomatischen und entwicklungspolitischen Fragen dem militärischen Kommando.

Vor Ort sind die Vertreter des Auswärtigen Amtes für diplomatische Aufgaben zuständig, also für Gespräche mit lokalen Autoritäten und für die politische Netzwerkarbeit. Der Leiter der entwicklungspolitischen Säule koordiniert die Wiederaufbaumaßnahmen und vergibt Projektaufträge an Durchführungsorganisationen wie die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder den Deutschen Entwicklungsdienst. Das Militär schließlich hat zur Aufgabe, das Arbeitsumfeld abzusichern sowie Reformen des afghanischen Sicherheitssektors zu unterstützen und zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Kombattanten beizutragen.

Das deutsche PRT Konzept wird von politischer Seite gern als Erfolg verkauft – gerade im Vergleich zu anderen PRT- Ansätzen. Es sei kosteneffizient, kohärent in seiner Strategie sowie ein Garant für den wirtschaftlichen Aufschwung in den von den Deutschen abgedeckten Regionen. Bisher fehlen jedoch konkrete Analysen oder Evaluierungen, die die anekdotischen Erkenntnisse erhärten könnten. Zudem wird die allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan die PRTs erneut vor eine Bewährungsprobe stellen, in deren Folge auch die Abgrenzungs- und Neutralitätsdebatte von ziviler Seite wieder Auftrieb bekommen könnte.

#### Weiterführende Informationen:

- Gauster, Markus. 2006. „Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand“. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, November, [www.bundesheer.at/pdf\\_pool/publikationen/mg\\_prt\\_studie\\_okt\\_2006.pdf](http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/mg_prt_studie_okt_2006.pdf).
- Hett, Julia. 2005. „Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan“. ZIF-Analyse, April, [www.zif-berlin.org/Downloads/PRT\\_20.04.05.pdf](http://www.zif-berlin.org/Downloads/PRT_20.04.05.pdf).
- Schmunk, Michael. 2005. „Die deutschen Provincial Reconstruction Teams: Ein neues Instrument zum Nation-Building“. SWP-Studie 33, Berlin, [www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?id=1464](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1464).
- [www.einsatz.bundeswehr.de](http://www.einsatz.bundeswehr.de) (Bundeswehr Startseite > Aktuelle Einsätze > Afghanistan ISAF)

## Integrierte Missionen bei den Vereinten Nationen: Kohärenz oder Vermischung?

Seit Beginn der 1990er Jahre ist die politische, militärische, humanitäre und entwicklungspolitische Kompetenz der Vereinten Nationen zunehmend gleichzeitig in „komplexen“ Friedensmissionen gefragt. Der Erkenntnis folgend, dass Frieden und Entwicklung einander bedingen, bemühen sich die VN um eine stärkere Kooperation zwischen ihren zahlreichen Abteilungen, Programmen und Sonderorganisationen. Die Schaffung „integrierter Missionen“ ist nun ein aktueller Versuch, die Kohärenz und damit auch die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit des Friedensengagements der Vereinten Nationen zu steigern.

Den Anfang zur Entwicklung des Konzepts der „Integration“ machte der im August 2000 veröffentlichte Brahimi Bericht, der feststellte, dass es im UN Department of Peacekeeping Operations keine Einheit gebe, in der Vertreter aller in einer Friedensmission wichtigen Themenbereiche – Politische Analyse, Militäreinsätze, Polizei, Wahlhilfe, Menschenrechte, Entwicklung, humanitäre Hilfe, Flüchtlinge, Öffentlichkeitsarbeit, Logistik, Finanzen und Rekrutierung – zusammenkommen. Er schlug daher die Schaffung von Integrated Mission Task Forces vor, die aus hochrangigen Vertretern aller genannter Bereiche bestehen und (jeweils für den Einsatz in einem Land) als zentraler Kontaktpunkt die interne Koordination der VN verbessern sollten. Diese thematisch breit gefächerten und gleichzeitig regional auf ein Land fokussierten Expertengremien gelten als potenzielle Schlüsselgremien bei der Planung von (künftigen) VN-Friedensmissionen, denn sie können für ein einheitliches Verständnis von den Mandaten und Funktionen der verschiedenen VN-Akteure in einem Konfliktgebiet sorgen.

Während die Grundidee des Konzepts der integrierten Missionen, nämlich durch enge Abstimmungen zwischen den verschiedenen VN-Akteuren zu einer VN-peacebuilding Gesamtstrategie zu gelangen, auf Zustimmung trifft, gibt es im Detail jedoch noch viele offene Fragen. Diese betreffen die Entscheidungsprozesse in integrierten Missionen sowohl in der Planungsphase (in den Integrated Mission Task Forces) als auch in der Umsetzungsphase im Einsatzland. Zentral ist dabei die Frage, wie bei einer zunehmenden Verschmelzung von zivilen und militärischen Geldern und Strukturen humanitäre und entwicklungspolitische Anliegen gleichberechtigt mit militärischen Überlegungen verhandelt werden können (vgl. die Eingliederung des zuvor unabhängigen Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in die Struktur der militärisch dominierten United Nations Mission in Liberia oder die Zusammenlegung der Position des vormals neutralen Humanitarian Coordinators in Liberia mit der des politischen Resident Coordinators, der für den Wiederaufbau zuständig ist). „Integration“ kann sowohl als Chance für eine stärkere Betonung der mittel- und langfristigen EZ als auch als Gefahr der Unterordnung von Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe unter sicherheitspolitische Überlegungen begriffen werden.

Weiterführende Informationen:

- Burghardt, Diana und Tobias Pietz. 2006. „Integrierte Missionen der Vereinten Nationen: Liberia, ein Prototyp?“ Wissenschaft und Frieden, Heft 4/2006, S. 24-27.
- Eide, Espen Barth, Anja Therese Kaspersen, Randolph Kent und Karin von Hippel. 2005. *Report on Integrated Missions: Practical Perspectives and Recommendations*. Independent Study of the Expanded UN ECHA Core Group, Mai, [www.globalpolicy.org/security/peacekpg/general/2005/05integrated.pdf](http://www.globalpolicy.org/security/peacekpg/general/2005/05integrated.pdf).
- Frerks, Georg, Bart Klem, Stefan van Laar und Marleen van Klingeren. 2006. „Principle and Pragmatism: Civil-Military Action in Afghanistan and Liberia“. Mai, [www.reliefweb.int/library/documents/2006/cordaid-gen-02jun.pdf](http://www.reliefweb.int/library/documents/2006/cordaid-gen-02jun.pdf).
- Pietz, Tobias. 2005. „Zivile und militärische Komponenten bei den Vereinten Nationen: Integrierte Missionen, fusionierte Einheiten und gefährliche Partnerschaften“. In: *Friedensgutachten 2005*, LIT, Münster, S. 191-199.
- Weir, Erin A. „Conflict and Compromise: UN Integrated Missions and the Humanitarian Imperative“. KAIPTC Monograph No 4, [www.kaiptc.org/\\_upload/general/Mono\\_4\\_weir.pdf](http://www.kaiptc.org/_upload/general/Mono_4_weir.pdf).

## Die Peacebuilding Commission der VN: Reform in die richtige Richtung?

Im Dezember 2005 wurde mit der Annahme der Resolutionen 1645 und 60/180 durch den Sicherheitsrat und die Generalversammlung der VN die Einrichtung einer Peacebuilding Commission (PBC) beschlossen. Sie hat zum Ziel, eine im November 2004 (durch das High-Level Panel on Threats, Challenges and Change) identifizierte „Lücke“ im institutionellen Gefüge der VN zu schließen und fortan instabile Länder bei ihrem Übergang von Krieg zu dauerhaftem Frieden zu unterstützen. Konkret soll die Peacebuilding Commission:

- umfassende, „integrierte“ peacebuilding-Strategien als „Empfehlungen“ ausarbeiten, die sich (vor allem) an den Sicherheitsrat und die Generalversammlung richten und so die institutionelle Trennung von „Sicherheit“ und „Entwicklung“ im VN-Hauptquartier überwinden helfen sollen
- best practices in den Bereichen der Friedenskonsolidierung entwickeln, die ein enges Zusammenwirken politischer, militärischer, humanitärer und entwicklungspolitischer Akteure voraussetzen
- die politische Aufmerksamkeit für Nachkonflikt-Regionen aufrechterhalten
- die finanziellen Ressourcen für den Bereich der Friedenskonsolidierung durch einen (aus freiwilligen Beiträgen getragenen) Peacebuilding Fund erhöhen.

Nach schwierigen Verhandlungen wurde der Vorschlag, die PBC auch mit Fragen der Konfliktprävention zu betreiben, fallen gelassen. Die PBC wurde nicht mit zusätzlichen Kapazitäten im Bereich der Informationssammlung bzw. Frühwarnung ausgestattet – viele Entwicklungsländer hatten Sorge vor einer zu großen Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft für problematische Prozesse im jeweils eigenen Land.

Die PBC wird in verschiedenen Konstellationen zusammentreten. Für prozessuale und organisatorische Angelegenheiten ist – unterstützt von einem kleinen, im VN-Sekretariat angesiedelten Peacebuilding Support Office – ein ständiges Organizational Committee verantwortlich, das aus 31 Mitgliedern besteht: sieben Mitgliedern des Sicherheitsrats (incl. der P-5), sieben Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats (gewählt aus den Regionalgruppen), fünf der zehn Hauptbeitragszahler (darunter auch Deutschland) sowie fünf der zehn Hauptpersonalsteller für VN-Friedenseinsätze, und sieben weitere Mitglieder aus der Generalversammlung, um eine ausgeglichene regionale Repräsentation sowie eine möglichst breite Erfahrungsbasis im Bereich des post-conflict peacebuilding zu sichern.

Die substantielle Arbeit der PBC wird jedoch in den länderspezifischen Treffen der PBC stattfinden, in denen neben den Mitgliedern des Organisationskomitees auch Vertreter eingeladen werden aus: a) dem betroffenen Land, b) Ländern der Region, die sich im Bereich post-conflict peacebuilding engagieren, c) relevanten regionalen und sub-regionalen Organisationen, d) der Gruppe der Hauptfinanziers und Hauptpersonalsteller im konkreten Konflikt, e) der Gruppe der höchsten VN-Repräsentanten vor Ort sowie Vertretern des Generalsekretärs, f) relevanten regionalen und internationalen Finanzinstitutionen (incl. Weltbank und Internationaler Währungsfonds). Inzwischen wurde Angola als Vorsitz des Organisationskomitees gewählt und beschlossen, dass sich die ersten länderspezifischen Sitzungen der PBC mit Sierra Leone und Burundi beschäftigen werden.

#### Weiterführende Informationen:

- Behme, Christian. 2002. „Der Aktuelle Begriff: Die neue „Peacebuilding Commission“ der Vereinten Nationen“. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 07/06, 9. Februar, [www.bundestag.de/bic/analysen/2006/Die\\_neue\\_Peacebuilding\\_Commission\\_der\\_Vereinten\\_Nationen.pdf](http://www.bundestag.de/bic/analysen/2006/Die_neue_Peacebuilding_Commission_der_Vereinten_Nationen.pdf).
- Cutillo, Alberto. 2006. „International Assistance to Countries Emerging from Conflict: A Review of Fifteen Years of Interventions and the Future of Peacebuilding“. International Peace Academy, Februar, [www.ipacademy.org/PDF\\_Reports/Cutillo\\_E\\_RPT.pdf](http://www.ipacademy.org/PDF_Reports/Cutillo_E_RPT.pdf).
- Evans, Gareth. 2006. „What Difference Would the Peacebuilding Commission Make: The Case of Burundi“. Presentation to EPC/IRRI Workshop on Peacebuilding Commission and Human Rights Council, Brüssel, 20. Januar, [www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3903&l=4](http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3903&l=4).
- Ponzio, Richard. 2005. „The creation and functioning of the UN Peacebuilding Commission“. Saferworld, November, [www.globalpolicy.org/reform/topics/pbc/2005/11safer.pdf](http://www.globalpolicy.org/reform/topics/pbc/2005/11safer.pdf).
- Schneckener, Ulrich und Silke Weinlich. 2005. „Die VN-Peacebuilding-Kommission: Aufgaben, Auftrag und Design für eine neue Institution“. SWP-Aktuell 37, September, [www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?id=1376](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1376).
- [www.un.org/peace/peacebuilding/](http://www.un.org/peace/peacebuilding/)
- [www.reformtheun.org/index.php/issues/1735?theme=alt4](http://www.reformtheun.org/index.php/issues/1735?theme=alt4)



Plattform Zivile Konfliktbearbeitung  
Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Str. 4 • 10405 Berlin  
Tel.: 030-54 71 43 21 • Fax: 030-54 71 43 22  
Internet: [www.konfliktbearbeitung.net](http://www.konfliktbearbeitung.net)



© Internationales Konversionszentrum Bonn –  
Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH  
An der Elisabethkirche 25 • 53113 Bonn  
Tel.: 0228-911 96-0 • Fax 0228-24 12 15  
E-Mail: [bicc@bicc.de](mailto:bicc@bicc.de) • Internet: [www.bicc.de](http://www.bicc.de)  
Layout: Svenja Bends



Gustav Heinemann-Initiative (GHI)  
Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Str. 4 • 10405 Berlin  
Tel.: 030-34 35 19 26 • Fax: 030-34 35 19 27  
Internet: [www.gustav-heinemann-initiative.de](http://www.gustav-heinemann-initiative.de)